

Rede zum Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Schließung von Bundeswehrstandorten in Hessen“

Rede, 05.06.2003

Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die CDU-Fraktion hat ihnen einen Entschließungsantrag vorgelegt, in dem der Hessische Landtag aufgefordert wird, die Entscheidung des Bundesministers der Verteidigung, die Bundeswehrstandorte Bad Arolsen und Schöneck-Kilianstädten zu schließen, missbilligt wird und fordert diesen auf, die Entscheidung gerade auch unter strukturpolitischen Gesichtspunkten zurückzunehmen.

Nachdem der Bundeswehrstandort Bad Arolsen bereits in früheren Jahren von etwa 1200 Soldaten auf rund 400 Soldaten reduziert wurde, stellt die jetzt vorgesehene Standortschließung eine unzumutbare Härte dar.

Sarkastisch könnte man fragen, ob diese Entscheidung das Geschenk der Bundesregierung für Bad Arolsen zum Hessentag 2003 ist.

In Schöneck-Kilianstädten sind es rund 600 Soldaten, die von der geplanten Schließung betroffen sind.

Beide Kommunen, Bad Arolsen und Kilianstädten, profitieren nicht unwesentlich von den dort stationierten Soldaten.

Wenn es bei dieser übereilten Entscheidung bleibt, werden Hunderte völlig unvorbereitet in die Arbeitslosigkeit entlassen.

Beide Standorte verlieren ein hohes Maß an Kaufkraft. Viele Geschäfte und kleine Gewerbetreibende leben im Grunde von den Bundeswehrstandorten und seinen Soldaten.

Diese negativen Auswirkungen für die jeweilige Region sind unverkennbar und müssen auch von Bundesverteidigungsminister Struck gesehen werden.

Die Entscheidung des Bundesverteidigungsministers bedeutet bittere Einschnitte für die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Standortgemeinden und konterkariert dadurch die positiven Wirkungen hessischer Landespolitik in diesen Regionen.

Aber nicht nur die Schließung der beiden Standorte als solches gilt es zu kritisieren. Auch die Vorgehensweise des Verteidigungsministers ist zu missbilligen.

Weder das Land Hessen, noch die betroffenen Kommunen Bad Arolsen und Schöneck waren im Vorfeld in die Überlegungen zur Standortschließung mit einbezogen worden.

Die Bedürfnisse des Landes und der Region spielen in Berlin offensichtlich keine Rolle.

Eine derartige Überrumpelungs-Aktion ist unangemessen und inakzeptabel.

Was ist das für ein Stil, meine verehrten Damen und Herren?

Bei einem Gespräch von CDU-Vertretern in der Nidder-Kaserne in Schöneck-Kilianstädten vor gut einem Monat war noch ein Schreiben von Verteidigungs-Staatssekretär Biederbick Diskussionsgrundlage.

Darin teilte dieser mit, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Erkenntnisse vorliegen, inwieweit sich durch die Weiterentwicklung der Bundeswehrreform die daraus resultierenden Anpassungen auf die Stationierung der Bundeswehr und damit auf den Standort Kilianstädten auswirken könnte.

Wie wenig koordiniert das Ministerium vorgeht zeigt die Tatsache, dass noch im vergangenen Jahr Mittel für die Verlegung von vier „Patriot-Staffeln“ nach Bad Arolsen ausgegeben worden sind.

Selbst in jüngster Zeit wurden noch hohe Summen in komplette Neubauten von Kasernenanlagen, wie zum Beispiel die des Wachgebäudes, investiert.

Das wahre Ausmaß an Konfusität spiegelt sich darin wider, dass wenige Wochen vor Bekanntgabe der Standortschließung in Schöneck-Kilianstädten ein Bundeswehrzahnarzt den Auftrag erhielt, sich in der Kaserne in Kilianstädten Räumlichkeiten anzusehen, um festzustellen, ob diese für die Einrichtung einer Zahnarztpraxis für die dortigen Soldaten geeignet sind.

Ein solches Durcheinander, meine sehr verehrten Damen und Herren, lässt tief blicken und bedarf keiner weiteren Kommentierung.

Ich bitte sie, unserem Entschließungsantrag zuzustimmen.